



Berichte und Dokumente

aus der Freien und Hansestadt Hamburg

Nr.: 648

10. Juli 1981

Auskunft: Hamburg 1 Rathaus
Telefon 36 81 21 79

Aus dem Inhalt:

Das energiepolitische Konzept des Hamburger Senats

Der Senat hat am 30. Juni 1981 seine energiepolitische Konzeption bekräftigt, die auf eine sichere, energiesparende, umweltfreundliche, preisgünstige und die Standortqualität der Stadt sichernde Energieversorgung Hamburgs ausgerichtet ist. Bürgermeister Dr. Klaus von Dohnanyi erläuterte die Ziele der hamburgischen Energiepolitik im Anschluß an die Senatssitzung vor der Landespressekonferenz Hamburg.

Wir drucken die dazu herausgegebene Presseerklärung und eine Rede von Wirtschaftssenator Jürgen Steinert zum gleichen Thema ab, die dieser am 24. Juni 1981 vor der Hamburgischen Bürgerschaft gehalten hat.

Im Anhang ist die Verlautbarung der Staatlichen Pressestelle über die energiepolitischen Beschlüsse des Senats vom 10. Februar 1981 wiedergegeben.

+++++

Senat bekräftigt seine energiepolitische Konzeption

- I. Der Senat bekräftigt seine energiepolitische Konzeption, die auf eine sichere, energiesparende, umweltfreundliche, preisgünstige und die Standortqualität der Stadt sichernde Energieversorgung Hamburgs ausgerichtet ist.

Diese Energiepolitik des Senats soll unter anderem verwirklicht werden durch

- eine die Versorgungsrisiken streuende Verwendung der verschiedenen Primärenergieträger in der Stromversorgung, mit dem Vorrang für Kohle und dem mittelfristigen Ziel des Abbaus des Öleinsatzes in der Stromerzeugung. In diesem Zusammenhang soll die Umstellung des Ölblocks des Kraftwerks Moorburg auf Kohle geprüft werden.
- Konsequente Nutzung der Möglichkeiten zur Energieeinsparung im privaten und öffentlichen Bereich sowie Nutzung von neuen und energiesparenden Techniken einschließlich der Nutzung neuer Energiequellen.
- Den effektiveren Einsatz der Primärenergie nach dem Konzept der Kraft-Wärme-Kopplung, unter anderem durch den Bau von Heizkraftwerken und durch eine umweltorientierte Erneuerung bestehender Kohlekraftwerke. Dieses Gesamtkonzept, das unabhängig ist von dem Einsatz der Kernenergie zur Stromerzeugung beinhaltet: Das Heizkraftwerk Tiefstack soll an einen Standort östlich des Fernwärmerings verlagert werden; am Tiefstack soll ein Kohlekraftwerk mit einer elektrischen Leistung bis zu 400 MW errichtet werden; das Kraftwerk Wedel soll an Ort und Stelle ersetzt werden; es soll je ein Heizkraftwerk am Haferweg in Altona sowie im Norden des Fernwärmerings errichtet werden.
- Den begrenzten Einsatz der Kernenergie sowie die politische Unterstützung eines bundesweiten Entsorgungssystems für Kernkraftwerke auf der Grundlage des Beschlusses der Regierungschefs von Bund und Ländern vom 28. Februar 1979. Der Einsatz der Kernenergie zur Stromerzeugung wird für Hamburg auch in Zukunft von erheblicher Bedeutung sein;

das gilt für den Betrieb der vorhandenen Kernkraftwerke Stade und Brunsbüttel sowie für Krümmel, das 1983 seinen Betrieb aufnehmen soll. Der Kernenergieanteil an der Stromversorgung Hamburgs wird dann 50 Prozent betragen, an der Kapazität 33 Prozent.

Eine zusätzliche Versorgung Hamburgs mit Kernenergie durch den Bau des Kernkraftwerkes Brokdorf führt bei gleichzeitigem Fortbestehen vorhandener Kernkraftwerke zu einem Kernenergieanteil bei der Stromversorgung von 70 Prozent, bei der Kapazität von 42 Prozent. Diese Abhängigkeit von der Kernenergie steht nicht mehr im Einklang mit den energiepolitischen Beschlüssen des Senats - der Risikostreuung sowie der rechtzeitigen und dauerhaften Sicherung der Energieversorgung zu wettbewerbsfähigen Preisen.

- II. Die HEW haben im Jahre 1975 für eine in Aussicht genommene Beteiligung am Kernkraftwerk Brokdorf die Zustimmung des Senats erhalten. In seiner Unterrichtung der Bürgerschaft von 1976 mit der Drucksache 1523 hat der Senat seine Unterstützung der HEW-Beteiligung bekräftigt. Auf dieser Grundlage sind die HEW rechtliche und finanzielle Verpflichtungen eingegangen.
- III. Der Senat hat am 10. Februar¹⁾ 1981 unter Bezugnahme auf seine energiepolitische Konzeption beschlossen, "darauf hinzuwirken, daß die HEW ihre Beteiligung am Kernkraftwerk Brokdorf aufgeben", um so die zukünftige Versorgungsabhängigkeit Hamburgs von dem Kernkraftwerk Brokdorf zu vermeiden.
- IV. Dem Senat wurden mit der Senatsdrucksache 380 vom 16. Mai 1981 vier Wege aufgezeigt, die möglicherweise zu einer Vermeidung der Beteiligung der HEW an Brokdorf führen könnten:
- "1. Einwirkung auf die HEW im Rahmen des Aktienrechts.
 2. Abschluß eines Beherrschungsvertrages über die HEW und anschließend Weisung an die HEW zur Nichtbeteiligung.
 3. Beanstandung und ggf. Untersagung der Beteiligung der HEW an der KKW Brokdorf GmbH nach dem Energiewirtschaftsgesetz.

+)
siehe Anhang

4. Entwicklung eines Konzepts zur Durchsetzung des öffentlichen Interesses in der Energieversorgung Hamburgs."

In dieser Drucksache 380 vom 16. Mai 1981 wurde zu den obengenannten Punkten folgendes festgestellt:

1. Einwirkung auf die HEW im Rahmen des Aktienrechtes:
"Ein Einwirken des Senats auf der Grundlage der geltenden aktienrechtlichen Bestimmungen zu den HEW scheidet aus."
2. Abschluß eines Beherrschungsvertrages über die HEW:
"Der aktienrechtliche Weg über einen Beherrschungsvertrag ist im Ergebnis nicht zu empfehlen."
3. Beanstandung nach dem Energiewirtschaftsgesetz:
"Wenn bei einem Vorhaben mehrerer Energieversorgungsunternehmen das Bauvorhaben beanstandet wird, läuft dies darauf hinaus, daß den HEW eine Energieversorgung mit diesem Kernkraftwerk untersagt wird. Es geht dagegen nicht um die Untersagung des Bauvorhabens in Schleswig-Holstein bis hin zu einer etwaigen Stilllegung der Baustelle. Die Möglichkeit der KKW Brokdorf GmbH mit den NWK als künftigen Alleingesellschafter oder mit anderen Gesellschaftern das Bauvorhaben zur Energieversorgung Schleswig-Holsteins fortzuführen, bliebe demnach unberührt, da Hamburg insoweit nicht zuständig ist.
Insgesamt erscheint nach diesen vorläufigen Überlegungen ein Vorgehen nach dem Energiewirtschaftsgesetz möglich."
4. Durchsetzung des öffentlichen Interesses in der Energieversorgung:
"Änderungen des Energiewirtschaftsgesetzes als Bundesrecht müßten in Abstimmung mit Bund und Ländern als Gesetzesinitiative über den Bundesrat eingeleitet werden Falls es nicht zu einer derartigen Gesetzesänderung kommt oder die neue gesetzliche Regelung sich - etwa mangels Rückwirkung - nicht mehr auf das Projekt Brokdorf auswirken würde, müßte sich der Senat weitere Schritte vorbehalten."

- V. Der Erste Bürgermeister wird gebeten, gemeinsam mit den zuständigen Senatoren mit Aufsichtsrat und Vorstand der HEW Gespräche über die weitere Zusammenarbeit zu führen.

Der Senat zieht in Erwägung, die Beteiligung der HEW am Bau des KKW Brokdorf für die dauerhafte hamburgische Stromversorgung durch Anwendung des Energiewirtschaftsgesetzes insbesondere aus Gründen der Versorgungssicherheit zu beanstanden und ggf. zu untersagen. Er zieht dazu das Verfahren im Wege der Evokation (§ 1 Abs. 4 des Gesetzes über Verwaltungsbehörden) an sich. Die Justizbehörde wird beauftragt, ein Verwaltungsverfahren zur Prüfung der Voraussetzungen für einen Beanstandungsbescheid gegenüber den HEW nach § 4 EnWG und für einen Teilwiderruf des Genehmigungsbescheides gegenüber der Brokdorf GmbH nach § 5 EnWG einzuleiten und dem Senat über das Ergebnis des Verwaltungsverfahrens zu berichten.

Rede von Senator Steinert zur Energiepolitik vor der Hamburgischen
Bürgerschaft am 24. Juni 1981

Herr Präsident,
meine Damen und Herren!

Herr Dr. von Rohr, das, was Sie "desolate Energiepolitik" nennen, ist, wenn man sich die Grundlage der Debatte anguckt, ja wohl bestenfalls eine desolate Große Anfrage der CDU-Opposition in diesem Hause.

Die CDU nennt ihre Große Anfrage "Energiekonzept des Senats". Ihre Fragen beziehen sich jedoch nur auf einen Ausschnitt, nämlich auf die Kraftwerke Tiefstack und Wandsbek, auf Investitionen und über eine Hintertür auf Brokdorf. Die Politik des Senats richtet sich auf mehr, und zwar auf sehr viel mehr. Es geht um rationelle Energieverwendung und Energiesparen! Es geht um die Substitution von Öl, die Umsetzung der Priorität Kohle, die Sicherung der Stromversorgung und den Ausbau der Fernwärme. Es geht um den Einsatz der Kernenergie, um die Umrüstung und Modernisierung vorhandener Kraftwerke, und letztlich geht es auch darum, die Umweltbilanz in dieser Stadt insgesamt zu verbessern. Die Fragen aber, Herr Dr. von Rohr, der CDU beziehen sich ausschließlich auf einen Teil der Stromversorgung und auf einen Teil des Fernwärmeausbaues. Deshalb zunächst zum Fernwärmeausbau.

Wir wollen die heute vorhandenen 185.000 Wohneinheiten Fernwärme ausbauen auf 330.000 Einheiten. Dazu bedarf es des Neubaus des Kraftwerkes Karoline, als Standort ist der Haferweg vorgesehen. Ein Heizkraftwerk soll in Nord gebaut werden, als Standort wird die Feuerbergstraße geprüft, und ein Heizkraftwerk soll in Wandsbek errichtet werden. Die Prüfung dieses Standortes wird mit Vorrang von der unter Federführung der Baubehörde eingesetzten Arbeitsgruppe betrieben. Die bauliche Gesamtplanung steht kurz vor dem Abschluß. Die Standortalternativen werden von den Behörden und den HEW nach dem erarbeiteten Kriterienkatalog geprüft. Und soweit es Tiefstack betrifft: Dieses Heizkraftwerk gehört zu den älteren, um nicht zu sagen alten Kraftwerken. Es belastet die Umwelt erheblich. Ich sage das deshalb, weil wir sowohl bei Tiefstack als auch bei den übrigen Modernisierungen, Neubauten und Umrüstungen alles tun werden, um die Umweltbilanz insgesamt zu verbessern.

Für den Senat gibt es deshalb keinen Zweifel, daß wir die jeweils neuesten Umweltschutztechnologien zu berücksichtigen haben. Im übrigen würden bei der Verlagerung des Heizkraftwerks von Tiefstack nach Wandsbek weitere Flächen frei, um ein Kohlekraftwerk bis zu 400 Megawatt, über das wir im Streit sind, vorrangig zur Stromerzeugung am gleichen Platze zu errichten, und wenn Sie statt dessen den Einsatz von Gasturbinen fordern, Herr Dr. von Rohr, dann zeugt das von wenig fachlicher Kompetenz; denn in der Grundlast Gasturbinen einzusetzen, ist doch schlichter Unsinn!

Soweit es die Planungsprozesse in Tiefstack und Wandsbek betrifft: Insbesondere bei Tiefstack sind sie eingeleitet, sie werden - wie auch später die Bauausführung - zeitgleich erfolgen, zeitgleich am Standort Tiefstack deshalb, weil wir im ersten Bauabschnitt in der Billwerder Bucht vorschauen müssen und dadurch Flächen gewinnen. Die hierfür erforderlichen wasserrechtlichen Verfahren laufen bereits.

Und nun zum Grundsatz, ob wir ein weiteres Kohlekraftwerk zur Stromerzeugung in Hamburg benötigen. Der Senat geht davon aus, daß dieses Kraftwerk im Jahre 1987 seinen Betrieb aufnehmen soll. Dieses Kohlekraftwerk in Tiefstack ist auch schon deswegen notwendig, weil der Senat die Auffassung vertritt, daß nach gegenwärtigem Erkenntnisstand nichts darauf hindeutet, daß ein Kernkraftwerk in Brokdorf mit oder ohne Hamburger Beteiligung 1987 seinen Betrieb aufnehmen kann. Die Erfahrungen der letzten Jahre mit Teilerrichtungsgenehmigungen begründen zumindest sehr erheblich diese Zweifel. Ich erinnere nur daran, daß Brunsbüttel neun Teilerrichtungsgenehmigungen brauchte und mittlerweile drei Betriebsgenehmigungen, für Krümmel mittlerweile die elfte Teilerrichtungsgenehmigung erteilt ist, für Brokdorf erst die zweite erteilt ist und zwischen der ersten und zweiten fünf Jahre lagen, nämlich von 1976 bis 1981. Man kann sich an allen fünf Fingern ausrechnen, was das bedeutet, wenn wir noch zahlreiche Teilerrichtungsgenehmigungen im Zusammenhang mit Brokdorf vor uns haben.

Herr Dr. von Rohr, es gebietet die ökonomische und energiepolitische Vernunft, daß man ohne ideologische Scheuklappen diese Tatbestände zur Kenntnis nimmt, und von daher wäre jeder verpflichtet, ein weiteres Kohlekraftwerk in und für Hamburg zu bauen, um auf jeden Fall die Stromversorgung in Hamburg sicherzustellen. Im übrigen haben Sie selbst schon einmal für diese Linie der Vernunft plädiert. Ich zitiere mit Genehmigung des Präsidenten aus einer Rede von Ihnen, Herr Dr. von

Rohr, die Sie am 18. Oktober 1978 hier in dieser Bürgerschaft gehalten haben.

Zitat:

"Aber selbst wenn Brokdorf eines Tages laufen sollte, dann zeigt uns das Beispiel Brunsbüttel, daß wir heute bei Kernreaktoren mit monatelangen - acht, zehn, zwölf Monaten - Stillstandsphasen rechnen müssen."

Und weiter:

"Wer eine tragfähige Lösung in einer so delikaten energiepolitischen Lage sucht, ... der darf nicht die Spitzenlastträger Gas und Öl stärken, sondern muß sich um eine Stärkung der Mittel- und Grundlast bemühen, und das heißt in diesem Zusammenhang Kohle."

Und weiter:

"Wir fordern den Senat auf, hier energisch gegenzusteuern und sich ernsthaft Gedanken über den Bau eines neuen Großkraftwerks für Kohle zu machen ..."

Soweit Sie, Herr Dr. von Rohr. Und wenn Sie uns hier politischen Opportunismus vorwerfen, dann ist das, was Sie machen, die schlimmste Form von Opportunismus, die man sich überhaupt vorstellen kann.

Und nun zum Thema Brokdorf, meinen Damen und Herren. Es gibt für den Senat nicht den geringsten Zweifel daran, erstens daß Hamburg und auch die norddeutsche Region zum gegenwärtigen Zeitpunkt auf die Nutzung der Kernenergie nicht verzichten können. Zweitens: Der Senat geht auch nach wie vor davon aus, daß das Kernkraftwerk Krümmel spätestens 1983 in Betrieb geht und die Kernkraftwerke Stade und Brunsbüttel weiter - trieben werden. Drittens: Mit diesen drei Kraftwerken beträgt der Kernenergieanteil Hamburgs an der Stromversorgung im Grundlastbereich rund 50 Prozent und circa 33 Prozent, soweit alle Erzeugungskapazitäten zugrunde gelegt werden. Dieser Sachverhalt beweist, daß wir den Einsatz der Kernenergie ausdrücklich anerkennen.

Zwischen uns, Herr Dr. von Rohr, gibt es jedoch prinzipielle Unterschiede. Einer besteht darin, daß die Sicherheitsfrage, die Sie hier vorhin als Schaugeschäft deklariert haben, für uns kein Schaugeschäft, sondern eine ernstzunehmende Frage ist. Wir treten für ausgewogene Risikostreuung beim Einsatz der verschiedenen Energiearten ein. Wir,

meine Damen und Herren, sehen unsere Aufgabe darin, die Energieversorgung - soweit das möglich ist - auf viele Standbeine zu stellen, um so einen Beitrag zur Risikominimierung zu leisten. Diese Argumente sollten Sie nicht leugnen. Sie sind wesentlicher Bestandteil aller Abwägungsprozesse, die einer rationalen Energiepolitik zugrunde liegen müssen. Aus diesem Grund hat der Senat beschlossen, Gespräche mit dem Vorstand und dem Aufsichtsrat der HEW aufzunehmen mit dem Ziel, daß die Vertragspartner der Brokdorf GmbH einvernehmlich das Vertragsverhältnis auflösen.

Wie Sie wissen, haben die Gespräche zwischen unserem ehemaligen Bürgermeister Klose und dem HEW-Vorstand nicht zu dem gewünschten Ergebnis geführt. Deshalb prüft der Senat zur Zeit, welche Möglichkeiten gegeben sind, um die Stromversorgung Hamburgs nicht vom Kernkraftwerk Brokdorf abhängig zu machen. Die Durchführung dieser Absicht hängt von einer Vielzahl rechtlicher und betriebswirtschaftlicher Einzelheiten ab, die weiterer Prüfung bedürfen. Der Senat wird das Parlament von dem Ergebnis selbstverständlich unterrichten.

Herr Dr. von Rohr, dieses Parlament hat in diesem Punkt von Ihnen zum Thema Brokdorf auch schon einmal andere Töne gehört. Mit Genehmigung des Präsidenten gestatten Sie auch an dieser Stelle wieder ein Zitat aus der gleichen Rede. Es heißt dort unter anderem:

"Die Wirklichkeit, meine Damen und Herren, sieht leider sehr viel sorgenvoller aus. Es gibt kaum ein Bundesland, das sich selbst so abhängig von der Kernenergie gemacht hat wie Hamburg."

Und weiter:

"Was allen am politischen Prozeß Beteiligten vor Jahren - auch uns, das räume ich gern ein - einmal als entscheidender Wettbewerbsvorteil erschienen ist, droht jetzt zu einer Achillesferse für die Hansestadt zu werden. Gemeint ist Brokdorf."

Soweit Herr Dr. von Rohr und soweit zum Thema Hamburger CDU und Gradlinigkeit der Argumentation. - Ich bedanke mich.

Anhang

=====

Senat beschließt Energiekonzept für Hamburg

1. Der Senat hat am 10. Februar 1981 Bürgermeister Klose beauftragt, mit dem Ministerpräsidenten von Schleswig-Holstein, Dr. Gerhard Stoltenberg, Verhandlungen mit dem Ziel aufzunehmen, die zweite Teilerrichtungsgenehmigung für das Kernkraftwerk Brokdorf frühestens im Sommer 1983 zu erteilen. Unter dieser Voraussetzung will der Senat der Hansestadt seine Beteiligung an dem Kernkraftwerk aufrechterhalten. Der Senat will in dieser Zeit größere Klarheit in der Entsorgungsfrage und bei der Anwendung neuerer technologischer Entwicklungen (Hochtemperaturreaktor) gewinnen. Die jetzt laufenden Arbeiten sollen sofort eingestellt werden.

Ist ein Aufschub beim Weiterbau von Brokdorf nicht zu erreichen, wird der Senat nach seinem heutigen Beschluß darauf hinwirken, daß die HEW ihre Beteiligung am Kernkraftwerk Brokdorf aufgeben. Für diesen Fall soll auf der Grundlage fortzuschreibender Bedarfsprognosen und unter Berücksichtigung fortschrittlicher Technologien die Prüfung für den Bau weiterer Kapazitäten zur Stromerzeugung umgehend eingeleitet werden.

Der Senat hat insgesamt ein umfassendes Energiekonzept für die Hansestadt beschlossen.

2. Leitgedanken des vom Senat beschlossenen Energiekonzeptes sind:
 - Energieeinsparung und rationelle Energieverwendung
 - Politik des Weg vom Öl
 - Verstärkter Kohleeinsatz in Hamburg
 - Begrenzter Einsatz der Kernenergie
3. Herzstück des Energiekonzeptes ist der Ausbau der Fernwärme auf der Basis der Wärme-Kraft-Kopplung. Hiermit wird ein entscheidender Beitrag zur Energieeinsparung und rationellen Energieverwendung geleistet. Darüber hinaus wird es durch den Ausbau der Fern-

wärme möglich sein, zehntausende von Einzelfeuerungsanlagen abzuschalten und damit die Luftqualität in Hamburg erheblich zu verbessern. Der Anschlußwert der Fernwärme soll von heute 186.000 Wohneinheiten bis Mitte der 90er Jahre auf zunächst 330.000 Wohneinheiten gesteigert werden. Zur Verwirklichung dieses Vorhabens sollen zusätzliche Heizkraftwerke auf Kohlebasis gebaut werden, von denen das erste 1985 in Betrieb gehen soll.

Im allgemeinen ist dieses Konzept wie folgt zu konkretisieren:

- Das bestehende Heizkraftwerk Karoline ist ersatzbedürftig und soll in größerer Auslegung am Haferweg in Altona errichtet werden.

Die Baubehörde und die Behörde für Bezirksangelegenheiten, Naturschutz und Umweltgestaltung (BBNU) werden beauftragt, die Voraussetzungen zu schaffen und die notwendigen Maßnahmen einzuleiten, damit das neue Heizkraftwerk bis 1985 betriebsbereit ist.

- Die innerbehördliche Arbeitsgruppe "Standortsuche" wird beauftragt, zusammen mit den HEW und den betroffenen Bezirken innerhalb von sechs Monaten Standorte für neue Heizkraftwerke nördlich und östlich des bestehenden Fernwärmerings zu empfehlen. Dabei soll im Norden auch der von den HEW gewünschte Standort Feuerbergstraße geprüft werden. Der Standort im Osten des Fernwärmeringes muß so gewählt werden, daß das heutige Heizkraftwerk Tiefstack dorthin verlagert werden kann.
- Weiterhin soll geprüft werden, ob in Harburg ebenfalls eine Fernwärmeversorgung aufgebaut werden kann.

4. Auf der heutigen Fläche Tiefstack - das bestehende Heizkraftwerk soll verlagert werden - sind alle Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß bis 1987 ein Kohlekraftwerk zur Stromerzeugung bis zu 400 MW errichtet werden kann.

5. Mit diesem Teil des Energiekonzepts wird in den nächsten Jahren ein entscheidender Beitrag zur konjunkturellen Belebung und zur Entlastung des Arbeitsmarktes in Hamburg und der Region geleistet. Das Investitionsvolumen für dieses Konzept beträgt ca. fünf Milliarden DM.
6. Der Senat hat außerdem beschlossen:
 - Das Kohlekraftwerk Wedel soll Anfang der 90er Jahre an Ort und Stelle ersetzt sein;
 - Der Erdgasblock des Kraftwerkes Moorburg soll nach Auslaufen des gegenwärtigen Erdgasvertrages weiter betrieben werden. Eine Umstellung auf Öl scheidet aus;
 - Die Umstellung des Ölblocks des Kraftwerks Moorburg auf Kohle soll geprüft werden.
7. Der Senat vertritt die Auffassung, daß die norddeutsche Region zum gegenwärtigen Zeitpunkt auf die Nutzung der Kernenergie nicht verzichten kann. Der Senat geht deshalb nach wie vor davon aus, daß das Kernkraftwerk Krümmel spätestens 1983 in Betrieb geht und daß die Kernkraftwerke Stade und Brunsbüttel weiter betrieben werden.

Herausgeber: Senat der Freien und Hansestadt Hamburg, Staatliche Pressestelle
Redaktion: Heinz Werner
